

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 126. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. April 2009, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

i. V. von Frank Sauter

Rolf Fischer (SPD)

i. V. von Holger Astrup

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Rahmenplan für das Jahr 2009	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2527	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kammer- und versorgungsrechtlicher Vorschriften	6
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2557	
3. Mittelfristige Finanzplanung dem Landtag vorlegen	7
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2528	
4. Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2450 hierzu: Umdruck 16/4185	
5. Planungsstand Maritimes Science Center Kiel	9
Vorlage des Wirtschaftsministeriums Umdruck 16/4008 hierzu: Umdruck 16/4126	
6. Information/Kenntnisnahme	11
Umdruck 16/4131 - Jahresbericht 2008 des Landesarchivs Umdruck 16/4133 - Haushaltsreste 2008 Umdruck 16/4140 - Umsetzung des Konjunkturpakts II Umdruck 16/4156 - Rücklagenbildung bei den Hochschulen Umdruck 16/4157 - Haushaltsrechnung Hochschulen Umdruck 16/4158 - Umsetzung Konjunkturprogramm II Umdruck 16/4159 - Spielbankgesellschaften Umdruck 16/4176 - Änderung des Sparkassengesetzes Umdruck 16/4191 - HSH Nordbank	
7. Verschiedenes	12

8. Dataport 13

Gespräch mit

- Klaus Schlie, Stellvertretender Vorsitzender des Dataport-Verwaltungsrates
- Matthias Kammer und Dr. Johann Bizer, Dataport-Vorstand

9. Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein/Hamburg 15

Vorlage der Staatskanzlei
Umdruck 16/3882

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Rahmenplan für das Jahr 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2527

(überwiesen am 27. März 2009 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den **Finanzausschuss** zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/2527 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kammer- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2557

(überwiesen am 26. März 2009 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss wird bis Ende Mai 2009 schriftliche Stellungnahmen der betroffenen Kammern einholen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Mittelfristige Finanzplanung dem Landtag vorlegen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2528

(überwiesen am 25. März 2009 an den Finanzausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe anzunehmen, die Landesregierung solle dem Landtag nicht bereits zur 45. Sitzung, sondern noch in diesem Jahr, spätestens zur Dezember-Tagung des Landtages, die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2013 vorlegen. Mit dieser Terminverschiebung soll der Landesregierung Gelegenheit gegeben werden, die gesetzlichen Veränderungen infolge der Ergebnisse der Föderalismuskommission II (Schuldenbremse) in der Mittelfristige Finanzplanung berücksichtigen zu können.

M Wiegard unterrichtet den Ausschuss darüber, dass die Steuereinnahmen des Landes im ersten Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 95 Millionen € gestiegen seien. Dies sei im Wesentlichen auf überdurchschnittliche Einnahmesteigerungen bei der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Zinsabschlagsteuer zurückzuführen. Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern wiesen fünf Bundesländer keine negative Steuerentwicklung aus: Bremen plus 7 %, Schleswig-Holstein plus 6,6 %, Sachsen-Anhalt plus 2,7 %, Niedersachsen plus knapp 17 % und Bayern plus/minus null. Die Steuermindereinnahmen in den anderen Bundesländern lägen zwischen 0,3 % und 13 %. Aufgrund der düsteren Prognosen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung rechne er allerdings für das gesamte Jahr 2009 mit einem dreistelligen Millionenbetrag an Steuermindereinnahmen. Genauere Zahlen werde die Steuerschätzung im Mai liefern.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Zukunft der medizintechnischen Ausstattung der Partikeltherapie am
Nordeuropäischen Radioonkologischen Centrum Kiel (NRoCK)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2450

(überwiesen am 27. Februar 2009 an den **Bildungsausschuss**, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/4185

Abg. Kubicki bringt weitere schriftliche Fragen ein (Umdruck 16/4210).

St Wiedemann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Daraufhin wird die Beschlussfassung über diesen Punkt erneut zurückgestellt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Planungsstand Maritimes Science Center Kiel

Vorlage des Wirtschaftsministeriums
Umdruck 16/4008

hierzu: Umdruck 16/4126

Der Vorsitzende erinnert an den einstimmigen Beschluss des Finanzausschusses, das Wirtschaftsministerium solle keine Entscheidung über die Errichtung eines Maritimen Science Centers treffen, bevor sich der Finanzausschuss abschließend geäußert habe. Dazu schlägt er vor, eine gemeinsame Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses durchzuführen.

Abg. Kubicki wundert sich, dass der neue Wirtschaftsminister der Landeshauptstadt Kiel bereits öffentlich eine Förderzusage erteilt habe.

Abg. Spoorendonk legt Wert darauf, dass die Förderung eines Science Centers in Kiel nicht zulasten der Phänomenta in Flensburg gehe.

Abg. Herdejürgen vermisst eine verbindliche Erklärung der Stadt Kiel zur Übernahme der Folgekosten sowie klare Regelungen zu den Reattraktivierungskosten.

Abg. Arp wehrt sich dagegen, Phänomenta und Science Center gegeneinander auszuspielen. Er hinterfragt die Beteiligung der Wirtschaft am Science Center; denn die fest zugesagten Sponsorengelder in Höhe von 2 Millionen € seien eine der Grundlagen für die Realisierung des Projekts.

St Wiedemann macht darauf aufmerksam, dass aus Sicht des Wirtschaftsministeriums alle Fragen abgeprüft seien. Das Ergebnis der baurechtlichen Prüfung durch die GMSH erwarte man im Mai. Das Wirtschaftsministerium stehe zu seiner Förderzusage an die Stadt Kiel. Eine abschließende Förderentscheidung werde man verabredungsgemäß erst nach Befassung im Finanzausschuss treffen. Die vom Betreiber zugesagten Bedingungen würden bis Ende Juni gelten; bei einer späteren Entscheidung müsste mit Mehrkosten gerechnet werden.

Abg. Stritzl setzt sich dafür ein, das in Kiel geplante Science Center möglichst zügig zu realisieren.

Abg. Koch bekräftigt die Haltung des Finanzausschusses, gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss sowie den Projektverantwortlichen, der Stadt Kiel und den Gutachtern das Thema weiter gründlich zu beraten, bevor der Wirtschaftsminister möglicherweise einen Bewilligungsbescheid erteile.

P Dr. Altmann äußert, der Rechnungshof fühle sich durch die Gutachter in vielerlei Hinsicht in seinen Bedenken bestätigt. Der nachhaltige Erfolg sei nicht unbedingt gewährleistet, wenn nicht bestimmte weitere Voraussetzungen geschaffen würden. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Finanzlage des Landes dürften keine zusätzlichen Risiken eingegangen werden.

Der Finanzausschuss bekräftigt seine Erwartung, dass die Regierung eine Förderentscheidung nicht vor der abschließenden Beratung im Finanzausschuss trifft. In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss am Montag, 18. Mai 2009, 10 Uhr, sollen die Stadt Kiel, die Landesregierung, die Gutachter und die künftigen Betreiber insbesondere zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

- Wie soll die Rentabilität/Nachhaltigkeit des Projekts sichergestellt werden?
- Wird die Stadt Kiel Folgekosten ohne weitere Zuschüsse des Landes übernehmen?
- Wie wird den Bedenken der Gutachter hinsichtlich der Parksituation und der Reattraktivierungskosten sowie den vorgeschlagenen Ergänzungsmaßnahmen begegnet?
- Welche Auswirkungen ergeben sich im Hinblick auf die Phänomente in Flensburg und die Errichtung eines weiteren Science Centers im Großraum Hamburg?
- Werden die zugesagten 2 Millionen € Sponsorengelder fließen?

Außerdem wird das Wirtschaftsministerium um eine schriftliche Stellungnahme zum Gutachten gebeten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/4131 - Jahresbericht 2008 des Landesarchivs
Umdruck 16/4133 - Haushaltsreste 2008
Umdruck 16/4140 - Umsetzung des Konjunkturpakts II
Umdruck 16/4156 - Rücklagenbildung bei den Hochschulen
Umdruck 16/4157 - Haushaltsrechnung Hochschulen
Umdruck 16/4158 - Umsetzung Konjunkturprogramm II
Umdruck 16/4159 - Spielbankgesellschaften
Umdruck 16/4176 - Änderung des Sparkassengesetzes
Umdruck 16/4191 - HSH Nordbank

Der Ausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/4159 - **Spielbankgesellschaften** - möchte Abg. Kubicki wissen, welche Kriterien der Kaufpreisfindung zugrunde lägen. - Der Ausschuss beschließt, das Thema im Beteiligungsausschuss zu erörtern.

Auf eine Frage von Abg. Kubicki zu Umdruck 16/4191 - **HSH Nordbank** - teilt M Wiegard mit, von einer kritischen Liquiditätslage der HSH habe er zum ersten Mal am 29. September 2008 in einer Runde der Anteilseigner erfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss bedauert, dass er der Einladung **Zehn Jahre GMSH** nicht folgen könne, weil er zu dem Zeitpunkt eine Informationsreise nach Frankfurt durchführt.
- b) Der Vorsitzende bittet die Landesregierung um eine Stellungnahme zur Förderung des Projekts **Port Olpenitz**.
- c) Abg. Heinold bittet die Landesregierung um zeitnahe schriftliche Beantwortung der Fragen, ob der bisherige **Regierungssprecher** aus der Staatskanzlei befristet an die Fachhochschule Kiel abgeordnet werde, wie die Kosten einer Abordnung im Personalbudget der Staatskanzlei aufgefangen würden und ob die Professur an der Fachhochschule bereits ausgeschrieben beziehungsweise Bewerber gesucht worden seien.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Dataport

Gespräch mit

- Klaus Schlie, Stellvertretender Vorsitzender des Dataport-Verwaltungsrates
- Matthias Kammer und Dr. Johann Bizer, Dataport-Vorstand

St Schlie, Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates von Dataport, hebt die Bedeutung der Vierländeranstalt Dataport als zentraler IT-Dienstleister hervor, insbesondere bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, dem Prozess der Verwaltungsmodernisierung und der Harmonisierung der IT-Landschaft im Lande.

Herr Kammer vom Vorstand berichtet, 2008 sei für Dataport mit einem Defizit von 6,8 Millionen € das wirtschaftlich schwierigste Jahr gewesen. 2007 habe man Erträge von 240 Millionen € erwirtschaftet, für das Jahr 2009 seien 250 Millionen € geplant. Das jährliche Wachstum sei maßgeblich auch auf strukturelle Vergrößerungen des Unternehmens, die Ausweitung der Zusammenarbeit der norddeutschen Länder zurückzuführen. Man sei in konkreten Gesprächen mit Niedersachsen über die Aufnahme in den Verbund zum 1. Januar 2011. Die wirtschaftliche Anspannung rühre daher, dass man seit 2004 an der Preisstruktur nichts verändert, aber gleichzeitig Tarifsteigerungen und Umsatzsteuererhöhungen sowie deutliche Erlöseinbrüche in der IBM-Umgebung zu verkraften habe. Für das Jahr 2009 gehe man von einem Verlust von 3 Millionen € aus. Dataport werde seine wirtschaftlichen Anstrengungen zur Bewältigung der Anspannung und des dynamischen Wachstums des Unternehmens mit 1.600 Beschäftigten - davon 550 in Altenholz - fortsetzen und aus der Fusiongeschichte lernen. Dataport kaufe Fremdleistungen für die norddeutschen Länder mit einem Volumen von 85 Millionen € ein und bewege einen Gesamtumsatz von 450 Millionen € am Nachfragemarkt. Die Bündelungsfunktion bringe für alle Verwaltungen in Norddeutschland erhebliche Kostenvorteile.

Herr Bizer macht darauf aufmerksam, dass die von Dataport erwarteten Synergien nur erwirtschaftet werden könnten, wenn dafür entsprechende Rahmenbedingungen und vor allem immer wieder unterstützende Motivation von den Auftraggebern gegeben würden. Das Data Center Steuern und PERMIS seien positive Beispiele für Synergien. E-Government, Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, Umsetzung der Anforderungen des Digitalfunks und Optimierung der Rechenzentren-Infrastruktur seien große Herausforderungen.

Auf Fragen des Vorsitzenden antwortet Herr Kammer, mit der Frage, wie man mit dem Verlust umgehe, werde sich der Verwaltungsrat Anfang Juli befassen. Der IBM-Erlöseinbruch mache eine Belastung von 9 Millionen € aus, die Umsatzsteuererhöhung 1,8 Millionen € und die Tarifsteigerung 2,5 Millionen €. 2009 habe man die Preise für Personalleistungen an allen Märkten vereinheitlicht. Die Kosten- und Leistungsrechnung müsse noch aussagefähiger werden. Über die Frage der Quersubventionierung müsse man in einer gemeinsamen Einrichtung neu nachdenken.

St Schlie weist darauf hin, dass sich der Verwaltungsrat gemeinsam mit dem Vorstand intensiv mit dem sich abzeichnenden Jahresergebnis 2008 der Mehrländeranstalt befasst, eine Arbeitsgruppe gegründet und in einem 10-Punkte-Katalog verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Flexibilität des Unternehmens vorgeschlagen habe. Ein Beitrag zur Kostenminimierung sei die Konzentration der Rechenzentrenstandorte. Außerdem suche man verstärkt nach vergaberechtlich sauberen Wegen, dass sich die Kommunen stärker in den Markt hineinbegäben.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen betont Herr Kammer noch einmal, Dataport wolle kein Zuschussunternehmen werden, sondern sich selbst aus den Erlösen finanzieren. Man beschäftige 70 Auszubildende und entwickle ein eigenes Traineeprogramm für Hochschulabsolventen.

P Dr. Altmann begrüßt die Verhandlungen mit Niedersachsen. Um schnellstmöglich schwarze Zahlen zu schreiben, regt er einen Ausbau der Geschäfte mit den Kommunen, einen Abbau der Zahlungsrückstände und eine stärkere Einbeziehung des Justizbereichs an.

St Schlie stellt klar, dass sich die Zusammenarbeit mit Niedersachsen auf den Bereich Steuern und die Frage des Druckzentrums konzentriere. Danach werde geprüft, inwieweit eine verstärkte Zusammenarbeit mit Niedersachsen einen wirtschaftlichen Nutzen bringe. Schließlich werde durchleuchtet, wann und mit welcher Konstruktion man in das Kommunalgeschäft einsteige.

Herr Kammer kündigt an, noch in diesem Jahr den Entwurf einer Staatsvertragsänderung vorlegen zu wollen.

Der Vorsitzende mahnt im Namen des Finanzausschusses die Vorlage des Jahresabschlusses 2007 und des Wirtschaftsplanes 2008 an. Er erwartet, von der Landesregierung nach der Sommerpause über den Jahresabschluss 2008 und entsprechende Maßnahmen zu Abbau und Vermeidung von Defiziten informiert zu werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein/Hamburg

Vorlage der Staatskanzlei
Umdruck 16/3882

St Maurus berichtet über das Projekt Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein/Hamburg (siehe Anlage).

Der Finanzausschuss wird die Thematik auf der Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung der Landesregierung weiter begleiten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer